

70/I/2025

Beschluss

Annahme in geänderter Form und Überweisung BTF

Psychologische Perspektive auf Flucht, Migration und Gewalterfahrung

Der SPD-Landesparteitag fordert, dass die psychischen Perspektiven in der Geflüchtetenpolitik stärker berücksichtigt werden. Eine umfassendere psychische Versorgung ist dringend notwendig, um erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Darüber hinaus ist sie ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Gewalt und möglicherweise auch sinnvoll gegen Radikalisierung.

Es muss darauf geachtet werden, dass härtere Maßnahmen gegen Geflüchtete und gegen eine sichere Zukunftsperspektive auch die psychische Gesundheit von Asylsuchenden beeinflussen können. Fluchterfahrungen und die oftmals belastende Behandlung von Geflüchteten in Deutschland können zu psychischen Problemen führen.

Eine konkrete Maßnahme könnte darin bestehen, dass Geflüchtete bei ihrer Ankunft eine erste psychologische Betreuung erhalten, um ihren aktuellen psychischen Gesundheitszustand bestmöglich behandeln zu können. Dies ist notwendig, um die Belastungen der Fluchterfahrung nicht zu vernachlässigen.

Außerdem könnte den Geflüchteten ein neutraler Sprachmittler zur Seite gestellt werden, um sprachliche Barrieren zu überwinden. Darüber hinaus haben Geflüchtete nach § 4 AsylbLG nur einen eingeschränkten Anspruch auf Gesundheitsleistungen (in den ersten 36 Monaten). Psychologische Betreuung ist unter diesen Paragraphen nicht enthalten, obwohl sie für die Prävention lebensbedrohlicher psychischer Zustände dringend erforderlich wäre.

Zudem sollten Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen zu psychischer Gesundheit in mehreren Sprachen und durch verschiedene Formate angeboten werden, um Stigmatisierungen entgegenzuwirken und den Zugang zu Hilfsangeboten zu erleichtern.

Überweisen an

Bundestagsfraktion